

Stellungnahmen der Ausschüsse zur Sitzung des Hauptausschusses am
25. Mai 2022

TOP:

- | | | | |
|------------|--------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 6 | 22/SVV/0453 | Empfehlung für die Trassenführung der Straßenbahn auf der Insel Neu Fahrland und Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
Zustimmung 6:2:0

<u>Ortsbeirat Neu Fahrland</u>
25.05. |
| 8.1 | 22/SVV/0066 | Weiterbetrieb der Biosphärenhalle - Umsetzung des Konzeptes Biosphäre 2.0 mit Einbeziehung des Volksparks | <u>Ausschuss für Finanzen</u>
Zustimmung 5:2:2

<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u>
Äa CDU vom 17.01.22 abgelehnt
1:5:2

Äa FDP vom 22.02.22 abgelehnt 1:4:3

Vorlage ungeändert: Zustimmung
4:2:2

<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
(Keine Abstimmung über die Äa CDU und FDP)

Zustimmung zur Vorlage 6:0:2 mit der Streichung des 1. Punktes |
| 8.2 | 22/SVV/0301 | Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
Zurückgestellt - bis das Konzept zur Biosphäre aufgestellt ist - mindestens 2 Jahre |
| 8.6 | 22/SVV/0367 | Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam | <u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u>
zurückgestellt

<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
Äa CDU vom 03.05.22 abgelehnt
2:5:1 |

Zustimmung 4:2:2 zu folgender neuen Fassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums und zur Begrenzung des Mietanstiegs in Potsdam wie dem Umwandlungsverbot oder der Sozialerhaltungssatzung durch ein Programm zur beschleunigten Schaffung von zusätzlichem, bezahlbarem Wohnraum zu ergänzen, ihnen in der Verwaltung höchste Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen zu erhöhen. Gleichzeitig soll der Anteil städtischen und genossenschaftlichen Wohneigentums wieder erhöht werden.

Gemeinsam mit der ProPotsdam, den Genossenschaften und weiteren Akteuren der Wohnungswirtschaft soll ein zeitnah realisierbares Programm abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. Darin sollen in Bearbeitung befindliche Potentiale und Projekte dargestellt, der darüberhinausgehende Handlungsbedarf bestimmt und die erforderliche Priorisierung begründet werden.

Damit soll insbesondere die Nachfrage nach Wohnungen mit Benennungs- und Besetzungsrechten durch die Landeshauptstadt Potsdam wieder besser erfüllt werden können aber auch nachhaltig und langfristig nutzbarer Wohnraum für Geflüchtete und andere Bedarfsgruppen geschaffen werden. Ergänzend soll das Programm preisgedämpften Wohnraum für mittlere Einkommen enthalten.

Das Programm entsprechend dem INSEK 2022 soll den Prinzipien des behutsamen Wachstums, d.h. der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Daher soll es das gesamte Stadtgebiet in den Blick nehmen, bevorzugt bereits versiegelte Flächen nutzen, die Kulturlandschaften respektieren, ökologische Ressourcen schonen sowie bereits vorhandene oder geplante soziale Infrastruktur (Kita, Schule, ÖPNV etc.) berücksichtigen.

Zu Umsetzung wird der Oberbürgermeister insbesondere beauftragt,

- mit den genannten Partnern im Rahmen des FNP und bereits beschlossener Untersuchungsgebiete für Entwicklungsmaßnahmen kurzfristig geeignete Wohnungs- und Nachverdichtungsbauflächen zu identifizieren, mögliche Zielkonflikte anzuzeigen und der SVV zur Beschlussfassung vorzulegen,**
- durch Erhöhung der Ressourcen die zügige Bearbeitung der Genehmigungsverfahren der im Programm priorisierten Bauvorhaben zu gewährleisten,**
- im Eigentum der LHP befindliche Grundstücke kostenfrei als Einlage in das Vermögen der ProPotsdam einzubringen, wenn sie kurzfristig im Rahmen des Programms als Wohnungsbaufläche nutzbar sind (außer Klein- und Erholungsgärten),**
- Empfehlungen und Konzepte für den flächenoptimierten Neubau für Potsdam anzupassen und – nach gesonderter SVV-Entscheidung – umzusetzen,**
- möglichst Bauformen zu nutzen, die eine schnelle bauliche Realisierung ermöglichen (Typenbauten, Serielles Bauen, Holz- und Hybridbauweise, etc.). Entscheidungen im Rahmen des Programms sollen von der SVV zügig und mit höchster Priorität beraten und entschieden werden können.**

Ein Zwischenbericht ist dem HA im September 2022 zu geben.



Hauptausschuss am 25.05.2022

Zeit: 17:00 Uhr

Ort: Plenarsaal

Sachstand Ukraine-Hilfe

Allgemeine Lage:

Binnenflüchtlinge in der Ukraine	ca. 13. Mio.
Aus der Ukraine ausgereist:	ca. 6,55 Mio.
In die Ukraine eingereist	ca. 2,05 Mio. davon 1,5 Mio. aus Polen – kein Rückschluss auf Ausreisen aus der BRD, Brb. oder Potsdam möglich
In die BRD eingereist	727.205 Geflüchtete (Durchreisen/Weiterreisen eingeschlossen)
Davon:	714.998 = 98,3 % Ukrainer: innen 81,0 % Frauen 57,3 % im Alter zwischen 19 und 66 Jahren 7,2 % über 67 Jahre

Im Land Brandenburg

- sind 24.485 Geflüchtete in den Landkreisen und kreisfreien Städten untergebracht (Angabe MSGIV, die tatsächliche Anzahl ist weiter unklar)

In Potsdam

- haben 2.880 Geflüchtete in der ABH vorgesprochen
- sind 1.875 Anträge nach AsylbLG gestellt
- sind 1.752 Anträge auf AsylbLG ausgezahlt
- sind 2.976 Krankenkassenkarten ausgegeben



Für Potsdam

- liegen 1.000 Zuweisungen vor
- für Potsdam beträgt das Aufnahmesoll 1.751 Geflüchtete

in Potsdam leben

- 0 Jahre bis 6 Jahre	=	363
- 7 Jahre bis 12 Jahre	=	373
- 13 Jahre bis 18 Jahre	=	339
- 19 Jahre bis 66 Jahre	=	1.715
- über 67 Jahre	=	200
		<hr/>
		2.990

weiterhin sind

- 360 Schuleingangsuntersuchungen von insgesamt 554 terminierten Untersuchungen bereits erfolgt

Kinder: 116 in Krippe/Kita/Hort

Davon 7 Kinder in einer Krippe
46 Kinder in einer Kita
63 Kinder im Hort

166 Kinder und Jugendliche besuchen eine Schule

Unterkünfte:

- Die in der Landeshauptstadt Potsdam nicht zugewiesenen Geflüchteten, die zunächst in der Biosphäre untergebracht sind, werden zur Weiterreise in andere Bundesländer motiviert.
Grund: keine Aussicht auf Wohnungsunterbringungen, daher Perspektive „Halle“ = Metropolis-Halle

Unterbringung in:

	Kapazität	Auslastung	frei
Hotels	188	186	2
Notunterkünften	410	258	152

- Metropolis-Halle: 189 von 280 Plätzen belegt
- Biosphäre belegt mit 69 Geflüchteten
- Das Informations- und Versorgungszelt wird mit 250 – 300 Besuchern täglich gut angenommen. Insbesondere die Beratung indem Zelt wird geschätzt.



- Anzahl der Geflüchteten, die privat untergebracht sind, berechnet sich nach folgender Formel: „Vorsprachen minus durch die LHP Untergebrachte = privat Untergebrachte“

Derzeit 2.880 Vorsprechende – 700 durch die LHP Untergebrachte (GU, Wohnungen, Bürgerhäuser, Pensionen etc.) = 2.180 Geflüchtete, die privat untergebracht sind.

Weiterhin

- Wird die Richtlinie zur Kostenübernahme bei privaten Vermietern nach rechtlicher Prüfung und Risikoabschätzung (fehlende Sicherheit bei der Kostenerstattung) nicht in Kraft gesetzt. Stattdessen wird für die Vermieter der Abschluss eines Untermietvertrages empfohlen, der dann auch gegenüber dem Jobcenter und der LHP abrechenbar ist.

Herausforderung:

- Rechtskreiswechsel

Eine unterschiedliche Interpretation des verabschiedeten Gesetzes vom Deutschen Städtetag (Rechtskreiswechsel mit Fiktionsbescheinigung auf nicht amtlichem Papier und ohne Aufenthaltstitel und erkennungsdienstliche Behandlung ist nicht möglich)

und

der vorliegenden Arbeitsanweisung der Bundesagentur für Arbeit, nach der entweder ein Aufenthaltsstatus (AE) oder eine formale Fiktionsbescheinigung für die Anmeldung im Jobcenter vorliegen muss,

muss dringen geklärt werden.

- Kapazitätsplanung

Neben 8 Standorten zur Unterbringung von Geflüchteten, die aktuell in Prüfung sind, ist auch die Josephinen-Wohnanlage weiter in „Verhandlung“.

Von den Ergebnissen der Verhandlungen hängt u.a. ab,

- ob die Metropolis-Halle ggf. noch über den September hinaus verlängert werden muss,
- welche langfristig wirkenden Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Versorgung der Geflüchteten mit Wohnraum sicherzustellen, um die Aufnahme der 1.751 nach Königsteiner Schlüssel der LHP in 2022 durch das Land zugewiesenen Geflüchteten auch unterbringen zu können.

Das Land hat für Juni die Erhöhung des Schlüssels angekündigt.